

# AUSSPRACHE

## „Europa — Partner der freien Welt“

### I.

Die Aufsätze von *Ludwig Rosenberg* und *Otto Brenner* im Januarheft 1967 fordern zu einem kritischen Vergleich heraus.

Im ersteren wird die wirtschaftliche und politische Integration Europas „in den entscheidenden Bezirken“ als Vorbedingung dafür betrachtet, daß „Europa seine Rolle als echter Partner der freien Welt“ erfüllen kann. *Rosenberg* beklagt zwar mit Recht die herrschenden verschwommenen Vorstellungen über Form und Inhalt eines vereinten Europa, ersetzt sie aber leider keineswegs durch eine klare Konzeption. Für seine These, daß die Vorstellungen und Pläne der Gewerkschaften nur Wirklichkeit werden können, wenn „die Vereinigung Europas in Richtung Vereinigte Staaten von Europa weitergeht“, bleibt er den Beweis schuldig. Unbegründet erscheint auch die weitere Behauptung, daß die Idee der europäischen Integration „deshalb die Chance hat zu gelingen, weil sie nicht nur eine vernünftige Idee, sondern eine fast unausweichliche Notwendigkeit ist. ..“. Man könnte Bände damit füllen, alle vernünftigen Ideen aufzuführen, deren Verwirklichung eine Notwendigkeit war bzw. ist, und die trotzdem immer noch unverwirklicht sind. Erinnert sei hier nur an das jahrhundertealte christliche Gebot der Nächstenliebe und an den Kampf der amerikanischen Neger um Gleichberechtigung.

In diesem Zusammenhang sei kurz das Schicksal aufgezeigt, das einer sehr vernünftigen und notwendigen Idee der Gewerkschaften, nämlich ihrer Forderung nach „Demokratisierung der Wirtschaft“ bisher zuteil wurde, die der 13. Kongreß der Freien Gewerkschaften bereits 1928 in Hamburg aufstellte, um die alleinige Entscheidungsgewalt der Unternehmer auf gesetzlichem Wege zu beschränken<sup>1)</sup>. Die Antwort der deutschen Großunternehmer waren Millionenzuwendungen an *Hitler*, mit dessen Hilfe die Zerschlagung der Arbeitnehmerorganisationen erfolgreich durchgeführt werden konnte.

Der Standpunkt der Unternehmer gegenüber der gewerkschaftlichen Forderung nach Demokratisierung der Wirtschaft hat sich seitdem grundsätzlich nicht geändert. Die Demokratie hört noch immer am Fabrikator auf, wie die deutschen Gewerkschaften in realistischer Einschätzung der Situation wiederholt erklärten.

Daher erscheint es unverständlich, wenn *Rosenberg* den Nationalismus *de Gaulles* als

Haupthindernis der europäischen Integration ansieht. Für die Arbeitnehmerschaft ist nicht die Gefahr der Vorherrschaft bestimmter *Nationen* die primäre Bedrohung, sondern die *Vorherrschaft bestimmter wirtschaftlicher Machtgruppen*. *Otto Brenner* warnt mit Recht vor der Gefahr, daß sich bei der Integration der europäischen Konzerne — also bei der von *Rosenberg* als wünschenswert bezeichneten wirtschaftlichen Integration — „ein Europa der Monopole und Kartelle herausbildet“. Ein integriertes Europa, in dem das Profitstreben die oberste Richtschnur bleibt, muß von der Arbeitnehmerschaft entschieden abgelehnt werden. Die Auswirkungen einer solchen Einstellung sind bereits im nationalen Rahmen schlimm genug (siehe die jüngste Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt in der Bundesrepublik). Wenn *Brenner* fortfährt: „Wir können unter keinen Umständen einer Wirtschaftspolitik der EWG-Kommission, der nationalen Regierungen und der Unternehmer zustimmen, an deren Vorbereitung, Beschlußfassung und Durchführung die Gewerkschaften nicht maßgebend beteiligt sind“, so kann diese Feststellung nur unterstrichen werden.

Demokratisierung der Wirtschaft durch die einzelnen Gewerkschaften in ihren nationalen Wirkungsbereichen und die Aufgabe des „Herr-im-Hause“-Standpunkts, dem bisher alle Arbeitgeber — gleichgültig welcher Nationalität — anhängen, sollten die gewerkschaftlichen Vorbedingungen für die wirtschaftliche und politische Integration Europas sein.

*Otto Brenner* hat dies unmißverständlich ausgesprochen, *Ludwig Rosenberg* läßt diese Klarheit jedoch vermissen, und das ist sicher nicht seine Absicht. *Otto Henke, Moers*

### II.

Zu dem Leserbrief des Kollegen *Otto Henke* möchte ich nur insoweit Stellung nehmen, als er sich mit meinem Beitrag in den Gewerkschaftlichen Monatsheften beschäftigt.

Zunächst sei lediglich darauf hingewiesen, daß die Themenstellung der beiden Artikel absichtlich eine verschiedene war — denn wir brauchten über das gleiche Thema nicht zweimal zu schreiben. Der eine Beitrag beschäftigte sich mit der Frage: „Europa — Partner der freien Welt“ — der andere mit einem „Grundsatzprogramm der europäischen Gewerkschaftsbewegung“. Daß dies verwandte — aber unzweifelhaft verschiedene Themen sind, dürfte trotz aller selbstverständlichen Ideenverbindung einleuchtend sein. Und nun zu den Bemerkungen des Koll. *Otto Henke* zu meinem Beitrag:

1. Koll. *Henke* bedauert, daß ich die „herrschenden verschwommenen Vorstellungen über

<sup>1)</sup> Vgl. *Rudolf Herbig* „Notizen“, DGB-Bundesvorstand, 1964, S. 89.

Form und Inhalt eines vereinten Europa zwar beklage, sie aber nicht durch eine klare Konzeption ersetze". Bezüglich der Form ist der Begriff der „Vereinigten Staaten von Europa“ so klar, daß man ihm den Begriff des „Vaterlands der Vaterländer“ gegenübergestellt hat. Vereinigte Staaten von Europa werden außerdem in meinem Artikel als eine politische und wirtschaftliche Einheit dargestellt und ihre Notwendigkeit begründet. Das scheint mir absolut unzweideutig und klar zu sein. Ober den Inhalt dieser Form sagt der Artikel aus, daß unsere gewerkschaftlichen Vorstellungen darin wirksam sein sollen. Wenn in meinem Artikel die Rede davon ist, „daß Vorstellungen und Pläne der Gewerkschaften nur Wirklichkeit werden können, wenn die Vereinigung Europas in Richtung Vereinigte Staaten von Europa weitergeht“, so ist die Rede von den Vorstellungen und Plänen des Aktionsprogrammes der Europäischen Gewerkschaften und nicht der nationalen Gewerkschaften. Denn der ganze Artikel befaßt sich mit europäischen Vorstellungen.

2. Koll. Henke stellt fest, daß etwas deshalb noch keine Chance auf Verwirklichung hat, weil es eine „vernünftige Idee und eine fast unausweichliche Notwendigkeit ist“. Zweifellos ist das keine Garantie und keine Gewißheit — aber unzweifelhaft ist es eine Chance, die um so größer ist als zu ideologischen Zielsetzungen praktische wirtschaftliche und politische Notwendigkeiten hinzukommen, die im Leben der Völker im allgemeinen stärkere Wirkung als gutgemeinte Vorstellungen haben. Und für diese sehr praktischen Notwendigkeiten habe ich einige Beispiele angeführt.

3. Der Hinweis auf die leider sehr unzureichende Verwirklichung der seit Jahrtausenden proklamierten Nächstenliebe und der immer noch bestehenden Unterdrückung der Neger ist im übrigen kein Anlaß, dem als richtig erkannten Ziel unentwegt und energisch nicht weiter zuzustreben. — Oder soll etwa geleugnet werden, daß die Chance zu ihrer sinnvollen Verwirklichung nicht besteht? Koll. Henke hätte diese Beispiele noch erweitern können und darauf hinweisen können, daß die klassenlose Gesellschaft noch nirgendwo verwirklicht ist und daß der Zustand weitmöglichster Gerechtigkeit noch nirgendwo erreicht wurde. Ist das ein Grund zu behaupten, daß die Chance für ihre Verwirklichung deshalb als nicht existent betrachtet werden muß? Ist es etwa zu bezweifeln, daß die im Jahre 1928 aufgestellte Forderung der Demokratisierung der Wirtschaft inzwischen zumindest Fortschritte gemacht hat und daß die Chance besteht, sie weiter voranzutreiben — obwohl es selbst unter Gewerkschaften in der Welt keineswegs einheitliche Auffassungen über ihre Notwendigkeit gibt?

Es ist eine andere Frage, ob man glaubt, daß die Vereinigten Staaten von Europa eine Konstruktion seien, die man zugunsten nationaler Lösungen hintanstellen müßte, und daß der Nationalismus und die Gefahr der Vorherrschaft bestimmter Nationen nicht die primäre Gefahr sei. Mir erscheint es unzweifelhaft, daß Nationalismus und Vorherrschaft einzelner Nationen gegenüber anderen typische Kennzeichen reaktionärer politischer, wirtschaftlicher und sozialer Zustände sind und daß die Arbeiterbewegung gerade diese Gefahr als eine der entscheidenden seit ihren Anfängen erkannt hat. Deshalb hat sie seit ihren ersten Tagen die Beseitigung nationaler Grenzen, die Schaffung großer politischer und wirtschaftlicher Einheiten gefordert und die gewerkschaftliche Tätigkeit niemals überwiegend im Rahmen nationaler Lösungen gesehen. Das schließt das Vorpellen auf nationaler Ebene natürlich nicht aus. Die bisherige Arbeit der EWG aber beweist — wenn auch für uns noch keineswegs befriedigend —, daß durch den übernationalen Zusammenschluß für viele der beteiligten Völker auf zahlreichen Gebieten auch soziale Fortschritte erzielt werden konnten, die vorher zumindest auf nationaler Ebene nicht erreichbar waren.

*Ludwig Rosenberg*